

Gegenstand: Gremienarbeit 2. Quartal 2021

Die Vorsitzende informiert darüber, dass die gesetzliche Rechtsgrundlage für Sitzungen in anderer Form im § 35 GemO bis 31.03.2022 verlängert wurde.

Seitens der Verwaltung wird darüber berichtet, dass mit der Universität Kontakt aufgenommen wurde, um Sitzungen evtl. in der dortigen Aula durchführen zu können. Ratsmitglied Ableiter hat dabei vermittelt. Grundsätzlich steht die Uni einer Amtshilfe positiv gegenüber und will nur die wirklich entstehenden Mehrkosten erstattet haben. Außerdem verfügt man dort bereits über die Technik, um Sitzungen auch in Hybridform (teils Präsenz, teils Online) durchführen zu können. Allerdings steht die Aula für die Ratssitzung am 22.04.2021 nicht zur Verfügung, d.h. man muss diese Sitzung nochmals per Videokonferenz abbilden. Gespräche mit dem Technik-Museum waren nicht erfolgreich, weil die finanziellen Vorstellungen weit auseinandergingen und die Veranstaltungshalle dort weder über Audio- noch Videotechnik verfügt, was zusätzliche Kosten verursacht hätte.

Frau Dr. Mang-Schäfer sind Probleme anderer Kommunen bekannt, was die Gültigkeit von Abstimmungen bei Hybridsitzungen angeht. Seitens der Verwaltung wären keine Hemmnisse bekannt; notfalls werden die Online-Teilnehmenden namentlich aufgerufen. Der rechtliche Rahmen wird aber nochmals geprüft.

Herr Dr. Wilke erkundigt sich nach den Vorgaben für die Ausschüsse und die Planung für die nächsten 3 Monate. Die kleineren könnten sich ja im Stadtratssitzungssaal unter Auflagen wieder treffen. Er fragt nach, ob die großen Ausschüsse auch hybrid tagen könnten. Laut Verwaltung ist das bisher nicht mit Uni abgesprochen, wird aber geprüft.

Herr Popescu bringt erneut die Idee von Schnelltests für kleinere Ausschüsse im Stadtratssitzungssaal ins Gespräch. Die Vorsitzende erwidert, man müsse dazu ein Hygienekonzept erarbeiten. Tests sind aber nur bei Freiwilligkeit möglich; eine Ratsfraktion hatte dazu schon ihren Widerstand angekündigt.

Frau Selg erklärt, der Ausschuss für Digitales bleibe virtuell, zumindest jede 2. Sitzung.

Die Vorsitzende fasst zusammen, dass die Möglichkeit digitaler Gremiensitzungen zunächst bis zur Sommerpause grundsätzlich erhalten bleibt; für Präsenzsitzungen müssen entsprechende Hygienekonzepte vorgelegt werden. Für den Stadtrat und die großen Ausschüsse wird eine hybride Sitzungsführung in der Aula der Universität geprüft.

Mit dieser Vorgehensweise sind die anwesenden Mitglieder des Ältestenrates einverstanden.

Gegenstand: Beratung über den Standort für den Platz der Kinderrechte

Die Vorsitzende begrüßt Frau Koch und Frau David-Wadle vom Kinderschutzbund Speyer (KSB), sowie Frau Hack vom Jugendstadtrat (JSR).

Frau Koch erläutert, man habe mit dem Freundeskreis Speyer-Ravenna gesprochen, der sich dadurch geehrt fühlte. Erst danach wurde der Antrag gestellt.

Ein solcher Platz sei ein starkes Zeichen für eine Stadt, die sich gerne als kinderfreundlich geriert. Der KSB habe verschiedene Plätze, auch Vorschläge aus der letzten Ratssitzung, geprüft. Gesucht wird kein Platz mit ausschließlichem Namen, sondern einer mit Infrastruktur für den Weltkindertag und andere Veranstaltungen über das ganze Jahr. Die Wahl fiel auf den Platz der Stadt Ravenna, weil dieser gerade jetzt noch Entwicklungspotenzial hat. Der Stadtteil wird sich spürbar verjüngen. Auf dem ehemaligen Priesterseminar entstehen 200 Wohneinheiten mit mind. 170 Kinder; am Russenweiher 130 Einheiten mit 135 Kindern. Auch aus der Planung im JHA wird dies deutlich; Süd wird ein junger, aufstrebender Stadtteil.

Die Mittel dafür kommen aus dem Projekt Soziale Stadt. Es entstehen Spielplätze, Wasserspiele und Sitzbänke im Schatten. Die Idee soll Integration in das 40 Jahre alte Baugebiet bringen, auch mit älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Dabei werde nicht auf den alleinigen Namen des Platzes abgestellt.

Frau David-Wadle dankt für die Diskussion im Stadtrat; viele der Vorschläge wurden vorher auch schon intern besprochen. Man sucht einen Platz auf dem man die Aktivitäten der Stadt, des JSR und des KSB für das Kinderwohl verknüpfen kann.

Die Vorsitzende wiederum spricht ihren Dank für die Arbeit des KSB aus. Die Kinder von heute sind die Erwachsenen von morgen.

Der Jugendstadtrat hat sich ebenfalls damit befasst, so Frau Hack, und begrüßt die Initiative. Auch der JSR findet den Platz der Stadt Ravenna auch von der Größe geeignet, um dort entsprechende Aktivitäten für jung und alt gestalten zu können. Dies sei gut für Diversität, auch in den Altersstufen.

Für die Linke war laut Herrn Popescu das einzige, was gegen den Vorschlag gesprochen hatte, die Doppelbenennung. Wenn KSB sich das so wünscht, bestehen keine Einwände mehr.

Herr Feiniler dankt den Initiatorinnen. Der Standort ist für die SPD eher unwichtig, Hauptsache es gibt so einen Platz. Auch in der Fraktion wurde die Frage der Doppelbenennung diskutiert. Wichtig sei eine Verbindung zu Kindern, die dort leben. Die SPD hätte in Speyer-West noch die Grünfläche zwischen Josef-Schmitt-Straße und Langensteinweg als Vorschlag, wo es ebenfalls viele Sitz- und Spielmöglichkeiten gibt. Er selbst könnte sich aber auch mit dem Platz Ravenna anfreunden.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass bei allen Plätzen zwei Namen stehen würden. Frau Koch ergänzt, die sei auch in anderen Städten so. Aus Sicht von Frau David-Wadle entsteht da keine Konkurrenz zwischen den Platznamen, dem KSB geht es rein um die Funktion. Es wäre praktisch der „Platz der Kinderrechte am Platz der Stadt Ravenna“.

Aus Sicht von Herrn Oehlmann hätte das schon bei der letzten Ratssitzung entschieden werden können. Die FDP sieht das genauso. Er selbst wohnt nur 100 m vom Platz der Stadt Ravenna entfernt und beobachtet, wie sich das Viertel gerade entkrustet.

Frau Dr. Mang-Schäfer bescheinigt eine sehr gute Argumentation, ist aber etwas irritiert darüber, dass die Bezeichnung nur für Veranstaltungen gesucht wurde. Das Thema hat es verdient, in den allgemeinen Sprachgebrauch überzugehen, was in den anderen Städten auch nicht der Fall war. Q+R hätte auch die gewünschte Infrastruktur, ist aber kleiner. Wenn dem KSB eine Zweitnennung ausreichend ist, dann soll es aber auch gut sein.

Herr Dr. Wilke findet toll, dass ein Riesenkonsens besteht. Der KSB kann im Grund mit jedem guten Platz leben, die CDU hängt aber immer noch mehr am eigenen Vorschlag, wegen der exklusiven Namensgebung, insbesondere in einem Jahr, in dem die Kinderrechte ins GG aufgenommen werden. Der KSB setzt sich vor allem für Kinder ein, denen es nicht so gut geht. Da seien St. Hedwig, Pfarrer Linvers und Petra Klumb mit dem Haus für Kinder als Keimzelle eigentlich prädestiniert. Die Stadtteil-Verjüngung wäre für ihn kein Argument, weil der Platz dann in 30 Jahren woanders sein müsste. Die CDU sieht keinen Zusammenhang zwischen der Würdigung der Städtepartnerschaft und der Arbeit des KSB. Vielleicht könnte der KSB eine Stellungnahme zum CDU-Vorschlag Q+H abgeben.

Frau David-Wadle sieht in Speyer-West derzeit nicht die Projektdynamik wie sie in Süd gerade entsteht; dort herrscht ein intensives Miteinander zwischen den einzelnen Netzwerken. Sie hält ihr Plädoyer für einen Stadtteil im Aufbruch. Die Kinderrechte gelten natürlich überall gleich.

Herr Dr. Wilke erwähnt eine Pressemitteilung aus dem Stadthaus zu K.E.K.S, das in städtische Trägerschaft übernommen wurde; auch das habe Charme. Das Thema muss heute aber nicht abschließend entschieden werden.

Die Vorsitzende würde sich am Ortseingang ein großes Schild „Stadt der Kinderrechte“ wünschen. Sie richtet einen abschließenden Dank an die Vertreterinnen des KSB.

Gegenstand: Pandemielage "Tagesticket" (Modellregion)

Die Vorsitzende informiert, dass beim Land vor ca. 5-6 Wochen vorgefühlt wurde wegen der Einführung des „Tübinger Modells“. Die B.1.1.7-Mutationen machen inzwischen 60-70 % der positiven Fälle aus. Flächige Schnelltestungen wären ein Werkzeug in der Pandemiebekämpfung. Inzwischen laufen die Bemühungen bundesweit sehr unstrukturiert, z.B. mit dem Saarland als Modellregion. Nach den Richtlinien des Landes kann man Modellregion werden, wenn die Inzidenz kleiner 50 ist, was aktuell nur noch einen Kreis betrifft. Mit 18. CoBeLVO wurden diese Richtlinien konterkariert, weil Außengastronomie bei Inzidenz < 50 zugelassen wurde. Notwendig wären auch die Luca-App und das Somas-Programm bei den Gesundheitsämtern, was aber nicht bei allen vorhanden ist. Das Gesundheitsamt LU wird Mitte/Ende April umgestellt. Außerdem ist nicht klar, wer das alles finanziert.

Schnelltestzentren im Stadtgebiet sind von mehreren Hilfsorganisationen geplant; beabsichtigt ist, auch mit Privaten in die Quartiere gehen, ungeachtet der Zulassung als Modellregion. Auch in Nord in der Nähe des Heinrich-Lang-Platzes und in West im Umfeld des Berliner Platzes soll je eine Anlaufstelle organisiert werden. Bis zum Sommer wird es Vorgaben für ein Schnelltestszenario geben; vermutlich nicht auf Basis einer landeseigenen Verordnung, sondern basiert auf den Bundesvorgaben. Auf der Landesplattform sind in Speyer aktuell 16 Anlaufstellen gelistet, auch Apotheken, Ärzte oder Private. Es gab keine Information darüber seitens des Landes an die Stadt. Man überlegt eine Kooperationsvereinbarung mit den Leistungserbringern wie in MA. Dies sei kostenneutral für die Stadt, schaffe aber einen Overhead über die Aktivitäten, auch über die Meldewege bei positiven Fällen. Wenn das Gesundheitsamt grünes Licht gibt, erfolgt eine kurzfristige Schalte mit allen Beteiligten. Das Mannheimer Muster wird dem Protokoll beigelegt.

Das Konzept für ein Speyerer Tagesticket ist soweit fertig und wird eingereicht, sobald die Inzidenzwerte das hergeben oder das Land neue Vorgaben macht. Die Finanzierung wird vermutlich Sache der Kommunen, die laut Land an Handel und Gastronomie herantreten sollen (obwohl sie seit Monaten geschlossen sind).

Eine weitere Corona-Finanzspritze des Landes ist derzeit eher unwahrscheinlich. Speyer hat ein noch vorhandenes Budget aus dem Vorjahr von 400.000 €. Alle Maßnahmen stehen aber im Konjunktiv, weil Land und Bund sich etwas indifferent verhalten die letzten Wochen. Geplant sind niedrighschwellige Angebote für die Bürgerinnen und Bürger. Die Maßnahmen der letzten Wochen waren eher grenzwertig, auch für die Verwaltung.

Die Meldung über einen Modellstart in DÜW sind nicht bestätigt. Der Lauf dient nur zur Verifizierung der Schnittstellen zwischen Luca und Somas.

Herr Brandenburger fordert ein niedrighschwelliges Angebot auf verschiedenen Ebenen. Die Corona-Warn-App (CWA) erhält ebenfalls eine Check-In Funktion mit der nächsten Version. Er warnt davor, nur auf einen gewerblichen Anbieter zu setzen.

Frau Selg berichtet von der Digitalisierungsseite her, welche Möglichkeiten vorhanden sind. Die CWA sei durchaus sinnvoll. Luca hat einen anderen Ansatz der Nachverfolgung für Veranstalter und Betriebe. Der RP-Kreis ist gerade dabei, die digitale Infrastruktur aufzurüsten. Man sollte im Auge behalten, das Tagesticket evtl. auch digital zu realisieren. Es sei gut, vorauszuendenken aber ohne Schnellschüsse. Die Terminvergabe in der JuFö hat sehr gut geklappt, es muss jetzt aber darüber hinausgehen. Sie bittet um Weitergabe von Informationen an die Verwaltung, sollten gute Projekte bekannt werden.

Herr Popescu fühlt sich als Kommunalpolitiker verlassen von Bund und Land. Er fragt, wie oft man noch dem Handel und der Gastronomie ins Gesicht schlagen will und erwartet, dass diese zurücklächeln. Die Bürgerschaft ist der ganzen Diskussion müde. Es sei keine Einflussnahme vor Ort mehr möglich, er verweist auf Ausgangssperre oder Inzidenzverrechnung AfA. Die Entscheidungsebene muss zurück auf die Ortsebene. Zudem sei am Wochenende das nächste Treffen der „Quarkdenkenden“ angekündigt.

Laut Vorsitzender ist die Inzidenzrechnung seit Anbeginn der Pandemie ein Streitthema mit dem Land. Es gebe immer nur mündliche Ankündigungen, aber nichts Schriftliches. Wegen B.1.1.7 sind nicht mehr nur Einzelpersonen infiziert, sondern ganze Hausstände. Hinzu käme eine mögliche Anrechnung von Intensivbetten in gut versorgten Regionen wie Speyer. Im März 2020 haben die Kommunen bewiesen, dass sie vor Ort reagieren können, das Heft wurde ihnen aber vollkommen aus der Hand genommen. Man sei bereit, Verantwortung zu übernehmen, diese müsse dann aber auch übertragen werden.

Frau Dr. Mang-Schäfer fordert Licht ins Dunkel der Inzidenzrechnung. Die Ankündigungen des Bundes kommen nicht zum Zug, weil die Kommunen oft das Recht eben nicht haben. Sie warnt davor, sich auf eine einzige Technologie festlegen zu lassen; sinnvoller sei die Freigabe von Schnittstellen, dann gewinnt die beste App.

Aus Sicht von Herrn Dr. Wilke brauchen die Leute Verlässlichkeit in den Rahmenbedingungen und nicht das ewige hin- und her. Er berichtet z.B. über die Unsicherheiten im Vorstand des Zimmertheaters. Es sei ja noch nicht mal klar, wer Modellstadt werden kann.

Im Schlusswort erinnert die Vorsitzende daran, dass man mit Corona leben muss, bis das Impfen eine gewisse Kontinuität aufgenommen hat; Covid wird aber bleiben. Die Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems sei oberste Prämisse.

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

I. Zweckentfremdungssatzung

Die Vorsitzende gibt eine kurze Reflexion auf das Expertenhearing zur Zweckentfremdungssatzung gestern.

Es war eine interessante Runde, die viele Impulse gab. Diese sollten an die Arbeitsgruppe bezahlbares Wohnen gegeben für Rückmeldungen und dann an die Fraktionen gegeben werden. Evtl. sollte man noch eine Sondersitzung des ASBK im Mai/Juni einberufen und danach in den Rat vor der Sommerpause zur Beschlussfassung gehen.

Die Information werden im Ratsinfosystem zur Sondersitzung ASBK hinterlegt.

II. Querdenker-Demo

Frau Keller-Mehlem möchte hinsichtlich der angekündigten Querdenkerdemo eine Einschätzung der Stadt. Die Vorsitzende teilt mit, der Bescheid ging heute an den Organisator. Eine öffentliche Stellungnahme erfolgt erst morgen, allerdings stehe die Gesundheitsvorsorge über allem.

III. Bürger*innenrat

Herr Dr. Wilke möchte zum Bürger*innenrat wissen, ob zur Beschlussfassung in der nächsten Ratssitzung die gleichen Vorlagen wie in der letzte Sitzung verteilt werden und ob eine Vorstellung der Entwürfe der Uni erfolgt.

Frau Münch-Weinmann erläutert, das Bürger*innenratkonzept werde von Frau Prof. Dr. Zern-Breuer vorgestellt.

Die Frage von Herrn Dr. Wilke beantwortet Frau Münch-Weinmann dahingehend, dass die Unterlagen zum Bürger*innenrat durch die Uni mitgebracht werden, die Vorlage Steuerungsgruppe kann ergänzt werden um die eingegangenen Vorschläge.

11. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 07.04.2021



11. Sitzung des Ältestenrates 07.04.2021 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!